

Der Bundesminister des Auswärtigen

Bonn, den 30. Juni 1964

L 1 — 86.13

An den Herrn
Präsidenten des Deutschen Bundestages

Betr.: **Politische Union Europas**

Bezug: **Kleine Anfrage der Abgeordneten Dr. Zimmer,
Dr. Meyer (Frankfurt) und Genossen
— Drucksache IV/2359 —**

Die Kleine Anfrage beantworte ich wie folgt:

Die Bundesregierung ist der Auffassung, daß die von der Beratenden Versammlung vorgeschlagene vergleichende Darstellung der Ansichten der Mitgliedsregierungen über die Methode, die ihnen zur Vollendung der europäischen politischen Einheit als die geeignetste erscheint, dazu führen würde, die Meinungsunterschiede zwischen den Mitgliedsregierungen zu vertiefen. Dem Wunsch der Versammlung, die Regierungen zu einer Fortsetzung der Gespräche über die politische Einheit zu ermutigen, wäre damit nicht gedient.

Die Bundesregierung erstrebt eine Ergänzung des mit den Europäischen Gemeinschaften begründeten europäischen Einigungswerkes durch eine europäische Politische Union. Sie ist der Auffassung, daß sich diese Politische Union zunächst auf die Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaften erstrecken sollte. Welche Art von Zusammenarbeit mit anderen Staaten in Betracht kommt, ist eine der wichtigsten und schwierigsten Fragen, die in diesem Zusammenhang auftauchen. Sie kann schwerlich durch eine Erörterung im Europarat, d. h. gleichzeitig mit elf Staaten, die der EWG nicht angehören, gelöst werden.

Die Bundesregierung ist bemüht, eine Wiederaufnahme der Verhandlungen über die europäische Politische Union herbeizuführen. Die Besuche des Herrn Bundeskanzlers bei den Regierungen der Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaften dienten dazu, die Voraussetzung hierfür zu klären. Die Bundesregierung wird diese Bemühungen fortsetzen.

Schröder